

KURZ UND PRÄGNANT

Bürgergutachten

Das jetzt an die Landesregierung übergebene Bürgergutachten zur Verwaltungs-, Funktional- und Gebietsreform enthält konkrete Vorschläge zur Umsetzung der Reform. Als wichtigste Empfehlung gilt die Förderung von Kindern, Jugend und Familien. Es lag den Bürgergutachtern besonders am Herzen, dass das Leben im ländlichen Raum attraktiv bleibt und der Abwanderung junger Menschen entgegengewirkt werden kann. Weitere zentrale Empfehlungen sind die Einrichtung von Bürgerservicebüros – möglichst in allen Grundzentren – sowie die Vertretung der einzelnen Ortschaften in der größeren Struktur und die Unterstützung von Vereinen und dem Ehrenamt. Im Hinblick auf den Reformprozess wünschten sich die Beteiligten vor allem Freiwilligkeit, keinen Zeitdruck sowie mehr Information und Kommunikation zur Reform. Innenminister Dr. Holger Poppenhäger dankte den 72 Bürgerinnen und Bürgern für ihr Engagement und ihre konstruktive Mitwirkung an der Umsetzung der Reform. Die Landesregierung wird sich intensiv mit den Empfehlungen aus dem Bürgergutachten auseinandersetzen und diese bei der Fortentwicklung der Strukturen Thüringens berücksichtigen. ■

TALISA-Versammlung

Die TALISA e.V. – die „Thüringer Arbeitsloseninitiative – Soziale Arbeit“ – ist eine Beratungs- und Informationsstelle für Arbeitslose und von Arbeitslosigkeit bedrohte Menschen im Freistaat. Sie hatte sich am 30. Januar in ihrer Zweigstelle in Erfurt zur Mitgliederversammlung getroffen. Durch das vergangene Geschäftsjahr führte Ingrid Schindler, die Vorsitzende des Vorstands. Unter den Teilnehmenden waren auch die LINKE-Landtagsabgeordneten Karola Stange und Ina Leukefeld, ebenfalls Mitglieder des Hilfevereins. Auf der Tagesordnung standen die Auswertung des Jahres 2016 und die Betrachtung von Herausforderungen und Möglichkeiten in diesem Jahr. Die Vorsitzende lobte das große Engagement der freiwilligen Helferinnen und Helfer, die ehrenamtlich oder für ein kleines Taschengeld die Arbeitslosen beraten, den Langzeitarbeitslosen wieder in die Berufswelt helfen oder sich für die (gesunde) Ernährung von sozial Schwachen stark machen. Neben viel Lob gab es aber auch Kritik, an denen, die bloß das Nötigste tun, und an denen, die der Organisation sogar zu schaden versuchen. Abschließend besprach man noch die anstehenden Projekte und die Arbeiten mit der Tafel. ■

Nils Verwohlt

„Es geht nicht um Arbeit um jeden Preis“

Fast jeder zweite Minijobber bekommt weniger als den gesetzlichen Mindestlohn

Wie die Landesarbeitsagentur mitteilte, waren im Januar rund 79.500 Thüringerinnen und Thüringer arbeitslos gemeldet. Das sind fast 7.900 mehr als im Dezember, aber rund 10.000 weniger als im Januar vorigen Jahres. Die Arbeitslosenquote stieg von 6,3 auf sieben Prozent. Damit liegt Thüringen aber immer noch im Ländervergleich an der ostdeutschen Spitze und vor den westdeutschen Ländern Hamburg, Nordrhein-Westfalen und dem Saarland.

Mit Blick auf die aktuelle Statistik sagte Ina Leukefeld, Arbeitsmarktpolitikerin der Linksfraktion: „Der leichte Anstieg der Zahl der Erwerbslosen ist typisch für die Wintersaison und kein Grund zur Beunruhigung. Unabhängig davon ist es schade um jede und jeden Erwerbslosen, der im Zwangssystem von Hartz IV landet und dadurch sein Leben nicht frei und selbständig gestalten kann. Das betrifft in Thüringen immerhin 91.081 Bedarfsgemeinschaften mit 162.608 Personen.“

Es ist unbestrittene Tatsache, dass die Forderung, Arbeit zu finanzieren statt Arbeitslosigkeit, richtig ist. Im Zusammenhang mit der Bundestagswahl im September muss der Druck auf die Bundespolitik erhöht werden, den Passiv-Aktiv-Transfer als Instrument der Umwandlung von SGB-II-Leistungen in Löhne für die geförderte Beschäftigung von langzeitarbeitslosen Menschen durchzusetzen. Das ist bisher durch die CDU verhindert worden.“

Vielmehr haben die Arbeitsmarktreformen seit dem Beginn der 2000er Jahre, die Instrumentenreform des Jahres 2012, die so genannte Rechtsvereinfachung des SGB II im vergangenen Jahr und die permanenten Kürzungen

der Mittel der aktiven Arbeitsförderung zu einer Verringerung der Chancen von Langzeitarbeitslosen auf eine Integration in den Arbeitsmarkt geführt.

„Als wichtigste Gegenmaßnahme wird selbst von der Arbeitsagentur der Ausbau der ‚öffentlich geförderten Beschäftigung‘ gefordert. Ich begrüße ausdrücklich das, was Kay Senius als Chef der Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Sachsen-Anhalt-Thüringen, dazu sagt. Das wiederum darf aber nicht den Ländern allein überlassen werden“, sagte die Abgeordnete.

Angesichts der aktuellen Berichterstattung zur Situation bei Minijobs betonte die LINKE-Arbeitsmarktpolitikerin: „Es geht nicht um Arbeit um jeden Preis! Es ist unerhört, dass zwei Jahre nach Einführung des gesetzlichen Mindestlohnes noch immer nicht überall gesetzestreu gezahlt wird.“

Wie eine aktuelle Studie der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung nachweist, erhielten fast die Hälfte der geringfügig Beschäftigten weniger als den zum Zeitpunkt der Studie im Jahr 2015 gesetzlich vorgeschriebenen

Mindestlohn von 8,50 Euro brutto die Stunde für ihre Arbeit. Jeder Fünfte erhielt nicht einmal 5,50 Euro. Der Mindestlohn gilt seit Januar 2015 und wurde inzwischen auf 8,84 Euro erhöht.

Die LINKE ermutigt die Betroffenen, sich nicht mit weniger Geld abspesen zu lassen und den Mindestlohn einzufordern. „Es ist keine Schande, sich dafür auch Hilfe zu holen“, sagte die Landespolitikerin.

Arbeitslosenparlament und Runder Tisch

Zu seinem 40. Plenum ist das Thüringer Arbeitslosenparlament, das von Anfang an durch die Linksfraktion im Thüringer Landtag tatkräftig unterstützt wird, am 7. Februar (nach Redaktionsschluss dieses Parlamentsreports) im Landtag in Erfurt zusammengetreten. Bereits wenige Tage später – am Dienstag, den 14. Februar, 9.30 bis 12.00 Uhr – berät der 138. „Runde Tisch der sozialen Verantwortung für Thüringen“ im Haus der sozialen Dienste am Juri-Gagarin-Ring in Erfurt. ■

Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren!

LINKE unterstützt Forderung nach Ausbau öffentlich geförderter Beschäftigung.

Ina Leukefeld,
arbeitsmarktpolitische Sprecherin
der Fraktion DIE LINKE

DIE LINKE.

Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit

„Zur am 3. Februar vom Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport vorgestellten Überarbeitung des Thüringer Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit sagte Katharina König, Sprecherin für Antifaschismus der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag:

„Mit der weiterentwickelten Ausrichtung des Landesprogramms setzt Rot-Rot-Grün gemeinsame Empfehlungen aller Fraktionen aus dem ersten Thüringer NSU-Untersuchungsausschuss der vergangenen Legislaturperiode um und hilft damit noch besser als bisher, Gefährdungen der demokratischen Kultur in Thüringen wirksam entgegenzutreten.“

Der Thüringen Monitor und andere Studien zeigen seit Jahren, dass auf Ungleichwertigkeit basierende Einstel-

lungen sich in allen gesellschaftlichen Schichten und Milieus finden und dass insbesondere nationalistische und rassistische Positionen weit verbreitet sind. Zahlreiche Angriffe auf Unterkünfte von Geflüchteten in Thüringen, rassistische Gewaltexzesse und Aktivitäten bei Reichsbürgern, Rechtspopulisten und Neonazis zeigen, dass von diesen größte Bedrohungen ausgehen. Insofern ist es nur folgerichtig, dass das Landesprogramm hier klare Schwerpunkte setzt und auch gegen andere Ungleichwertigkeitsvorstellungen Position bezieht“, so betonte die Landtagsabgeordnete.

Erfreulich sei auch die breite Unterstützung im Programmbeirat, bei dem neben Feuerwehrverband und Landessportbund auch etliche zivilgesellschaftliche Akteure eingebunden sind. Katharina König weiter: „Wie wichtig es ist, dass menschenrechtsorientierte

Einstellungen auch künftig in verschiedenen Milieus und Generationen durch Bildungs-, Beratungs- und Präventionsangebote gestärkt werden, zeigt der Fall eines früheren Lehrers aus Hessen, der sich zum führenden (rassistischen) Hassprediger in Thüringen entwickelt hat und mit seinen regelmäßigen Auftritten Abwertungen und soziale Spaltung weiter zu zementieren versucht.“

Auch um solchen Entwicklungen entgegenzuwirken und die Bildung demokratischer Kompetenzen zu unterstützen, wird sich die Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag dafür einsetzen, dass dem modernisierten Landesprogramm die benötigte finanzielle Ausstattung zur Verfügung gestellt wird. Damit künftig noch stärker für eine Kultur des Miteinanders und ein weltoffenes Thüringen eingetreten werden kann. ■